

Medienmitteilung vom 2. September 2026

Abstimmungsempfehlung für den 27. September 2026

Die Mitglieder der Mitte Appenzell Ausserrhoden haben für die Abstimmung vom 27. September 2026 folgende Parolen gefasst: Nein zur Neutralitätsinitiative und Nein zur Ernährungsinitiative. Beide Vorlagen wurden sehr klar abgelehnt. Die Mitte Appenzell Ausserrhoden steht zur bewährten schweizerischen Neutralität, lehnt die starre Verankerung in der Bundesverfassung jedoch ab. Auch die Ziele einer sicheren und nachhaltigen Lebensmittelversorgung sind grundsätzlich wichtig. Die Ernährungsinitiative setzt dafür aber auf unrealistische Vorgaben und weitreichende staatliche Eingriffe.

Sehr klar beschlossen die Mitglieder die Nein-Parole zur eidgenössischen Volksinitiative "Wahrung der schweizerischen Neutralität". Die Neutralität ist ein bewährter Grundpfeiler der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Sie ist bereits heute in der Bundesverfassung verankert und muss auch künftig pragmatisch und den jeweiligen Herausforderungen entsprechend angewendet werden können. Die Initiative würde diesen Handlungsspielraum deutlich einschränken und die Neutralität zu starr ausgestalten. Kritisch beurteilt Die Mitte Appenzell Ausserrhoden insbesondere die Einschränkung internationaler Kooperationen sowie das weitgehende Verbot, Sanktionen gegen kriegsführende Staaten zu übernehmen. Gerade angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen ist die Schweiz auf eine enge Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen, beispielsweise bei der Luftverteidigung, der Cyberabwehr oder der militärischen Ausbildung. Die Initiative würde die Sicherheit der Schweiz deshalb nicht stärken, sondern ihre Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit schwächen. Eine glaubwürdige Neutralität darf zudem nicht mit Gleichgültigkeit gegenüber schweren Verletzungen des Völkerrechts gleichgesetzt werden.

Ebenfalls sehr klar fiel die Ablehnung der eidgenössischen Volksinitiative "Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser" aus. Die Mitte Appenzell Ausserrhoden anerkennt die Bedeutung einer sicheren Lebensmittelversorgung, einer produzierenden einheimischen Landwirtschaft und des Schutzes der natürlichen Ressourcen. Die von der Initiative verlangten Vorgaben sind jedoch nicht praxistauglich. Der angestrebte Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent innerhalb von zehn Jahren ist aufgrund der topografischen Voraussetzungen der Schweiz kaum realistisch. Er wäre nur mit weitreichenden Eingriffen in die landwirtschaftliche Produktion und das Konsumverhalten der Bevölkerung erreichbar. Zusätzliche Auflagen würden einheimische Lebensmittel verteuern und den Druck auf die Landwirtschaft, die verarbeitenden Betriebe und das Gewerbe erhöhen. Dadurch wären Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette gefährdet. Die Mitte Appenzell Ausserrhoden ist überzeugt, dass die Weiterentwicklung hin zu einer nachhaltigeren Ernährung im Rahmen der bestehenden Instrumente und der kommenden Agrarpolitik erfolgen muss, gemeinsam mit der Landwirtschaft und nicht durch starre Verfassungsvorgaben.

Alle Informationen finden Sie auch auf <https://ar.die-mitte.ch/parolen>

Parteipräsidium:
Claudia Frischknecht
Kreuzstrasse 6, 9100 Herisau
praesidium@ar.die-mitte.ch
079 / 389 33 09

Die Mitte
Appenzell Ausserrhoden



Freiheit. Solidarität.
Verantwortung.

Für Auskünfte steht zur Verfügung:

Claudia Frischknecht, Parteipräsidentin
079 / 389 33 09 oder praesidium@ar.die-mitte.ch